



Geschäftsführung:
Fachdienst Jugendamt - Verwaltung

NIEDERSCHRIFT

über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses der Stadt
Lüdenscheid

am 02.12.2021

im Ratssaal

Anwesend:

Vorsitz:

Ratsfrau Tanja Tschöke Bündnis
90/Die Grünen

Ausschussmitglieder mit Stimmrecht:

Ratsherr Steffen Kriegel	SPD	Vertreter für Ratsherrn Philipp Siewert
Ratsfrau Nicole Schulte	SPD	
Ratsherr Christoph Weiland	CDU	
Herr Manfred Baltrun	DIE LINKE.	
Herr Andreas Brisch	Fraktionslos	Vertreter für Frau Kathrin Weichert
Frau Andrea Feldmann	CDU	
Herr Jamel Hellwig	SPD	
Frau Valeria Klette	CDU	
Herr Florian Wüllner	FDP	
Frau Cordula Bock	Fraktionslos	
Herr Michael Heide-Gentz	Fraktionslos	
Herr Stefan Hesse	Fraktionslos	
Frau Reinhildis Simon	Fraktionslos	ab 17.15 Uhr
Frau Petra Skerra	Fraktionslos	

Ausschussmitglieder mit beratender Stimme:

Herr Thomas Lammers	Fraktionslos	
Herr Volker Mürmann	Fraktionslos	bis 17.58 Uhr
Frau Sewasti Simeonidou	Fraktionslos	
Frau Anke Lohbeck-Hüttenbreucker	Bündnis	
90/Die Grünen		

Beratende Mitglieder

Frau Nicola Halor	Fraktionslos
Herr Horst Löwenberg	Fraktionslos

Gäste:

Frau Susanne Gerlach

Verwaltung:

Herr Mike Diepenbeck

Vertreter für Frau Ursula Speckenbach

Herr Matthias Reuver

Frau Jutta Busenius

Frau Nathalie Kompernaß

Herr Marco Malcherek-Schwiderowski

Frau Susanne Sondermann

Frau Doreen Zborowski

Schriftführung:

Frau Marion Gerbracht

Abwesend:

Ausschussmitglieder mit Stimmrecht:

Ratsherr Philipp Siewert

SPD

Frau Kathrin Weichert

Fraktionslos

Ausschussmitglieder mit beratender Stimme:

Herr Tobias Aurisch

Fraktionslos

Herr Jochen Grün

Fraktionslos

Frau Beatrix Hostert

Fraktionslos

Herr Johannes Kirchhoff

Fraktionslos

Beratende Mitglieder Integrationsrat

Frau Selma Ugur

Internationale

Liste der SPD

Beratende Mitglieder

Herr Ansgar Röhrbein

Fraktionslos

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 19:00 Uhr

1. Öffentliche Fragestunde

Es gibt keine Anfragen aus der Öffentlichkeit.

2. Bericht von Herrn Volker Mürmann, Vertreter der Polizei zur Innenstadtsituation

Herr Mürmann von der Polizeistation Lüdenscheid gibt einen Bericht über das Innenstadtkonzept und die Erfolge der Polizei im Kampf gegen die Randalen von Jugendlichen in diesem Bereich. Er stellt fest, dass in den vergangenen Jahren ein stetiger Rückgang von Delikten in allen Vierteln zu verzeichnen sei. Demgegenüber habe sich das subjektive Sicherheitsempfinden der Bürger*innen für den Bereich der Innenstadt verschlechtert. Das heißt, es liege keine objektive Sicherheitslage vor, aber ein Angstbereich. Bei der Feststellung der Personalien habe sich gezeigt, dass es sich um Jugendliche mit Migrationshintergrund handele. Die starke Polizeipräsenz bringe die erhofften Ergebnisse.

Der Streetworker Stefan Zorn versuchte, die Situation der Minderjährigen aus deren Blickwinkel zu beschreiben. Aufgrund einer Absperrung ihres bisherigen Treffpunktes hatten sich die Jugendlichen einen neuen Platz nahe der Innenstadt gesucht. Das Verhalten der Jugendlichen sei nicht zu entschuldigen, jedoch fühle es sich für die Jugendlichen an, als ob sie von Ort zu Ort vertrieben würden. Sie nähmen für sich wahr, dass sie nicht gewollt werden. Diese Probleme können mit Polizeipräsenz allein nicht gelöst werden. Wichtig sei es, das städtische Angebot soweit wie möglich offen zu halten, um die Jugendlichen weiterhin zu erreichen. Herr Reuver betonte, es gehe um Kinder, die massive Schwierigkeiten hätten.

Frau Tschöke fasst zusammen, dass Unterstützungsmaßnahmen der Stadt wichtig seien. Dazu gehört es, die Jugendeinrichtungen so lange wie möglich offen zu halten, schulische Sozialarbeit zu machen, Streetwork sowie die Arbeit des Ordnungsamts.

3. Mündlicher Bericht zur Klausurveranstaltung "Sachstand und Perspektiven der Stadtteilarbeit in Lüdenscheid"

Herr Reuver berichtet von der Klausurveranstaltung zur Stadtteilarbeit vom 28.10.2021 und zeigt eine Zusammenfassung anhand einer Power Point Präsentation. Diese wird dem Protokoll als Anlage beigefügt.

4. Trägerschaft Kita Lenneteich Vorlage: 274/2021

Beschluss:

Die Trägerschaft für die künftige Kita Lenneteich wird durch den öffentlichen Träger der Jugendhilfe – die Stadt Lüdenscheid – wahrgenommen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	15
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	0

5. Zuschüsse zur Flexibilisierung der Betreuungszeiten nach § 48 Kinderbildungsgesetz (KiBiz) Vorlage: 297/2021

Beschluss:

1. Auf Grundlage einer jährlichen Bedarfsabfrage bei den Trägern der Kindertageseinrichtungen und den Bedarfsfeststellungen im Bereich der Kindertagespflege (Großta-

gespflegestellen und selbstständig tätige Tagespflegepersonen) werden gemäß § 48 KiBiz förderfähige Angebote zur Flexibilisierung der Betreuungszeiten je Einrichtung bzw. Tagespflegestelle ermittelt. Dabei werden auch unterjährig entstehende Bedarfe berücksichtigt.

2. Die zur Vorhaltung des erweiterten Angebots erforderlichen Arbeitsstunden des pädagogischen Personals werden ermittelt und entsprechend den jeweils aktuellen Berechnungsgrundlagen der KGST für Erzieher*innen im Bereich der Kindertageseinrichtungen sowie Fachkräfte im Bereich der Großtagespflegestellen bezuschusst.
3. Für selbstständig tätige Kindertagespflegepersonen erfolgt eine Vergütung entsprechend der Richtlinien der Stadt Lüdenscheid über die Förderung von Kindern in der Kindertagespflege.
4. Die Stadt Lüdenscheid leitet die je Kindergartenjahr zur Verfügung stehenden Landesmittel an die Träger der jeweiligen Kindertageseinrichtungen und Großtagespflegestellen sowie Kindertagespflegepersonen weiter. Diese werden um 25 % aus städtischen Mitteln aufgestockt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	15
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	0

6. Antrag der Fraktion "Die Linke" zur Entfristung aller befristeten Stellen von Erzieher*innen in Kitas

Die Verwaltung arbeitet bereits daran, alle befristeten Erzieher*innenstellen zu entfristen. Dazu wird es eine Beschlussvorlage für den Hauptausschuss im Januar 2022 sowie für den Rat im Februar 2022 geben. Ziel ist, diese Stellenveränderungen noch rechtzeitig in den Stellenplan einarbeiten zu können.

Der Antrag wird zurückgezogen.

7. Antrag der Fraktion "Die Linke" zur Wiedereröffnung des Jugendtreffs Kalve in städtischer Trägerschaft

Frau Zborowski macht Vorschläge zur Nutzung des Jugendtreffs Kalve. Sie plädiert zunächst für eine sporadische Nutzung, da sich in diesem Stadtteil eine andere Nutzung nicht bewährt habe. Die Erprobungsphase zur Nutzung des Jugendtreffs wurde allerdings durch die Corona-Situation unterbrochen. Daher möchte Frau Zborowski diese gerne noch fortführen, um eine bessere Beurteilung der Nutzung abgeben zu können.

Herr Reuver schließt sich diesem Wunsch an und macht außerdem darauf aufmerksam, dass das benachbarte Familienzentrum Hebborg in einem sanierungsbedürftigen Zustand sei. In einer Studie sei bereits geprüft worden, ob das Gebäude der ehemaligen Grundschule Kalve auch für den Kita-Betrieb genutzt werden könne. Wenn also ein Familienzentrum den

Stadtteil Kalve beleben würde, gäbe es sicher auch bessere Chancen für die Etablierung eines Jugendtreffs.

Zugunsten der Erprobungsphase zieht die Fraktion „Die Linke“ ihren Antrag zurück.

Herr Weiland spricht sich dafür aus, noch mehr in die Streetworkarbeit zu investieren, da die aufsuchende Jugendarbeit sehr gut angenommen werde und ausgebaut werden sollte.

Die Vorsitzende gibt diese Anregung als Thema zur Beratung in die Fraktionen.

8. Haushalt 2022 der Fachdienste des Jugendamtes **Vorlage: 275/2021**

Frau Tschöke möchte das Thema „Haushalt“ in zwei Bereiche aufteilen:

1. Kita-Beiträge
2. Beratung über die Änderungsliste und Abstimmung über den Beschlussvorschlag zum Haushalt 2022 der Fachdienste des Jugendamtes

Zu 1.

Formulierter Wunsch aller Parteien und Mitglieder des Jugendhilfeausschusses ist es immer gewesen, die Erhöhung der Elternbeiträge bei Verbesserung der Haushaltslage auf den Prüfstand zu stellen und im besten Fall, diese wieder sinnvoll abzubauen. Die Kitabeiträge sind ein wichtiges Thema für den Jugendhilfeausschuss, da grundsätzlich eine Beitragsfreiheit erreicht werden soll, dies aber in Zeiten des HSK zur Zeit noch nicht möglich ist. Um die Eltern aber zumindest ein wenig finanziell zu entlasten, haben sich die Fraktionen darauf geeinigt, ein Votum aus dem JHA zur Beratung in die Fraktionen mitzunehmen. Das Votum soll die Grundlage schaffen für einen Antrag an den Rat der Stadt Lüdenscheid.

Ab dem 01.08.2022 sollen die Elternbeiträge um 30 € je Beitragsstufe verringert werden. Mit diesem Betrag werden einkommensschwache Haushalte prozentual mehr von der Unterstützung profitieren als finanziell besser gestellte Familien. Zudem soll die Einkommensgrenze auf 35.000 € angehoben werden.

Zur Geschwisterkindregelung: bei Erhöhung der Einkommensgrenze auf 35.000 € werden Eltern für ein Geschwisterkind nur noch ab einem Einkommen von 70.000 € Beiträge bezahlen müssen - abzüglich 30 € je Beitragsstufe. Somit wäre auch hier eine spürbare Entlastung gegeben.

Die Entlastungen sollen analog dazu auch für den OGS-Bereich gelten.

Insgesamt bedeutet diese Entlastung für Familien für den Haushalt der Stadt Lüdenscheid eine Belastung von rd. 450.000 €.

Das Votum aus dem Ausschuss wird einstimmig abgegeben, so dass durch diesen Auftrag das Thema in den Fraktionen beraten werden kann.

Zu 2.

Es folgt die Abstimmung über den Beschlussvorschlag zum Haushalt 2022 der Fachdienste des Jugendamtes. Dieser wird mit einer Enthaltung so angenommen.

Beschluss:

Dem Entwurf des Teilergebnisplans und des Teilfinanzplans für die Produkte der Fachdienste des Jugendamtes wird unter Berücksichtigung der Veränderungen aus den beigefügten Änderungslisten zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	14
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	1

9. Stellungnahme der Verwaltung zum Antrag der Fraktion „Die Linke“ vom 14.05.2021 „Antrag zur Berichterstattung der Familienhilfe“

Die Grafik zur Stellungnahme der Verwaltung zu diesem Antrag wird mit der Niederschrift nachgereicht.

Zur personellen Ausstattung des Fachdienstes 51.2 kann gesagt werden, dass der gesetzliche Auftrag erfüllt werden kann, trotz eines Anstiegs der gefährdeten Minderjährigen, der seit März 2020 zu verzeichnen war.

10. Bekanntgaben, Beantwortung von Anfragen und Anfragen

10.1. Bekanntgaben

10.1.1. Zwischenstand zum Antrag von Bündnis 90/Die Grünen zu entlastenden Unterstützungsangeboten für Familien mit Kindern während der Corona-pandemie

Herr Malcherek-Schwiderowski vom Fachdienst 51.6, Besondere Dienste, zeigt auf, welche Maßnahmen in seinem Fachdienst bisher getroffen wurden, um die Angebote für Familien während der Corona-Pandemie zu verbessern.

Bereits im Jahr 2020 wurde im Bereich Koordination Frühe Hilfen eine viertel Planstelle auf eine halbe Planstelle aufgestockt. Außerdem gibt es nunmehr Angebote im Familienwegweiser nicht nur für Kinder bis zu 6 Jahren, sondern auch für ältere Kinder. Der Familienwegweiser ist ein Online-Angebot auf der Plattform der Stadtverwaltung Lüdenscheid. Der Fachdienst versteht sich als niederschwellige Anlaufstelle für Familien und bemüht sich stets darum, möglichst frühzeitig den Kontakt zu Familien herzustellen durch Neugeborenenbesuche usw., was sich in der momentanen Situation durch Corona allerdings leider nur schwer umsetzen lässt.

Frau Lohbeck-Hüttebräucker gibt bekannt, dass im nächsten halben Jahr ein Zusammentreffen verschiedener Netzwerkpartner, Kooperationspartner und Anbieter anberaumt werde.

10.1.2. Aufholen nach Corona - Bericht der Verwaltung über Maßnahmenplanungen und Maßnahmenumsetzungen

Herr Reuver gibt bekannt, dass für 2021 noch 34.000 € an Fördergeldern „Aufholen nach Corona“ zur Verfügung stehen; für diese Fördergelder wird durchaus an einen Rückfluss an die Fördergeldgeber gedacht, falls sie nicht rechtzeitig bis Jahresende durch geeignete Projekte eingesetzt werden können. Leider wurden im November verfügbar und müssen binnen acht Wochen ausgegeben werden. Aber es sei noch möglich, Gelder für personelle Ausstattung zu nutzen. Für 2022 sind die Fördergelder bereits verplant für die personelle Ausstattung in der Musiktherapie sowie die Schulsozialarbeiterstellen.

10.2. Beantwortung von Anfragen

Zu diesem TOP gibt es keine Themen.

10.3. Anfragen

Es liegen keine Anfragen vor.

gez. Tanja Tschöke

Vorsitzende/r

gez. Marion Gerbracht

Schrittführer/in